

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923**

22.6.1923 (No. 170)

Bezugspreis für Juni: in Karlsruhe: in un-  
terer Geschäftsstelle und in  
unseren Ausgabestellen ab-  
geholt monatlich 6500.—,  
frei Haus geliefert monat-  
lich 7000.—  
auswärts: durch un-  
sere Agenturen bezogen  
7000.—  
Einzelpreis: 250 ./.  
Verlag, Schriftleitung und  
Geschäftsstelle: Ritterstraße 1,  
Postfach Nr. 9547,  
Karlsruhe.

# Karlsruher Tagblatt

Anzeigenpreis für Juni:  
die ober. Nonpareilzeile  
über deren Raum 1000.—;  
auswärts 1250.—; Be-  
mittlungs- und Stellen-  
anzeigen 600.—; Reklam-  
zeile 800.—; an erster  
Stelle 4000.—  
P a t i n a d e P a r i s .  
Anzeig.-Nummer b. 8 Uhr  
mittags; kleinere Anzeigen  
spätestens bis 6 Uhr nachm.

Bernverzeichnisse:  
Geschäftsstelle Nr. 18,  
Berlin Nr. 21 und 297,  
Schriftleitung Nr. 20,  
Sachverwalter Nr. 19.

**Badische Morgenzeitung** Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**  
„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Chef-Redakteur: Hermann v. Kaer. Verantwortlich für Politik: Fritz Gerhart; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Blatt: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl  
Fohs; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag: C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard Häger, Berlin-Kaufhof, Mozarkstr. 37, Telefon-Zentrum 428.  
Für unverlangte Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigelegt ist. Druckstunden der Redaktion: 11—12 Uhr vormittags.

120. Jahrg.

Freitag, den 22. Juni 1923

Nr. 170.

## Der wertbeständige Lohn.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die Lohnbewegung, die auf den rapiden Mark-  
turg zurückgeht, sich in friedlichen Bahnen be-  
wegen wird. Die Verhandlungen über den  
wertbeständigen Lohn nehmen ihren Fortgang.  
Die Gewerkschaften sind noch damit beschäftigt,  
ihre Vorschläge zu präzisieren, die sie dem  
Reichsarbeitsministerium in den kommenden  
neuen Besprechungen vorlegen werden. Unter  
den einzelnen Verbänden herrscht insoweit  
Uebereinstimmung, als allen die Forderung nach  
einem Mindestlohn aus Grundlohn und Zuschlä-  
gen (von Woche zu Woche nach einem neu zu  
schaffenden Index) gemeinsam ist. Es soll dabei  
nicht etwa der Index des statistischen Reichs-  
amtes, sondern ein verbesserter Index in Be-  
tracht gezogen werden.  
Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat eine Ein-  
gabe in der vorigen Woche an das Statistische  
Reichsamts gerichtet. Es wird darin ein ver-  
besserter Index gefordert. Alle anderen Mög-  
lichkeiten der neuen Lohnregelung, also Gold-  
löhne oder Entlohnung nach dem Dollarkurs,  
sind endgültig fallen gelassen worden. Hierin  
ist auch, wie in einer offiziellen Mitteilung be-  
kannt gegeben wurde, in den letzten Besprechun-  
gen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und  
den Gewerkschaftsvertretern Uebereinstimmung  
erzielt worden. Auf beiden Seiten wurde man  
sich darüber klar, daß nicht eine Regelung auf  
Goldbasis für die Lohnverhandlungen in Be-  
tracht kommen kann, sondern ein Index, durch  
den automatisch ein Anstieg an die Verhältnisse  
und an die gekaufte Kaufkraft der Mark her-  
beigeführt wird.

Man kam in den Besprechungen darin überein,  
daß die Grundlage des Anstieges nur für eine  
gewisse Zeitspanne in Betracht kommen dürfe,  
damit nach Ablauf dieser Zeitspanne, die etwa  
auf 2 Monate bemessen werden soll, den Ge-  
werkschaften die Möglichkeit offen bleibt, durch  
gewerkschaftliche Kämpfe eine neue Basis als  
Ausgangspunkt für die Indexfestsetzung zu schaf-  
fen. Das heißt, es handelt sich vorerst darum,  
einen Mindestreallohn als wertbeständigen Lohn  
für einen etwa zweimonatigen Zeitraum fest-  
zulegen. Nach diesem Zeitraum sollen die Ge-  
werkschaften freie Hand behalten, um eine Er-  
höhung dieses Reallohnes, der gegenwärtig natür-  
lich bei weitem nicht an den Reallohn der  
Vorkriegszeit heranreichen kann, zu erreichen.  
Weiterhin wurde zwischen Reichsarbeitsmini-  
sterium und Gewerkschaften Einmütigkeit dar-  
über erzielt, daß ein gesetzlicher Zwang Platz  
greifen müsse, falls es nicht möglich sein sollte,  
bei den Arbeitgebervereinigungen auf dem Wege  
der Verhandlungen die Forderung der wert-  
beständigen Entlohnung durchzuführen. Die  
Verhandlungen werden fortgesetzt werden. Für  
Anfang kommende Woche sind entscheidende Be-  
ratungen im Reichsarbeitsministerium zu er-  
warten.

## Besprechungen über Besprechungen.

a. Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtber.) Die  
Besprechung des Reichswirtschaftsministeriums mit  
Vertretern aus den Kreisen der Banken und  
Industrie über die Maßnahmen, die zur Ver-  
kämpfung der Markentwertung ergrip-  
fen werden sollen, haben heute abgebrochen. Es  
handelt sich zunächst um die tatsächliche An-  
hebung von Sachverhältnissen. Diese Beratungen  
sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Die  
Regierung hat sich auch demzufolge noch nicht mit  
dem Ergebnis der Besprechung befassen können.  
Vielmehr wird der Reichswirtschaftsminister zu-  
nächst die Ergebnisse der Besprechungen, sobald  
sie beendet sind, in einem Brief an das  
Reichskabinett zusammenfassen, der dann die  
Grundlage für die Beratungen der Regie-  
rungen geben wird.

Der Reichskanzler empfing, wie wir weiter  
hören, am Donnerstag die Führer der Par-  
teien der Widerständigen Arbeitsgemeinschaft zu  
einer Aussprache über die allgemeine politische  
Lage. Am Tage vorher hatte der Kanzler, wenn  
auch nicht in einer offiziellen Beratung, Rück-  
sprache mit den Abgeordneten aus dem besetzten  
Gebiete gesprochen.

## Der englische Fragebogen.

Frage- und Antwortspiel.  
a. Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtber.) Die  
„Westminster Gazette“ glaubt einige Punkte  
aus der französischen Antwort auf den  
englischen Fragebogen bereits ver-  
öffentlicht zu können. Ueber den Standpunkt,  
den die Reichsregierung einnimmt, hören wir  
in unrichtigen Kreisen folgendes: Die deut-  
sche Regierung habe in ihrem Memorandum die  
wichtigsten Garantien angeboten, die der  
politischen und wirtschaftlichen Lage Deutsch-  
lands nach überhaupt möglich waren. Weiter-  
gehen ist für Deutschland einfach unmög-  
lich.  
Wenig besonders aber auch in der Frage der  
Umwandlung der militärischen Besetzung des

Ruhrgebietes in eine friedlich-technische Aufsicht  
steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt,  
daß der französisch-belgische Einmarsch rechts-  
widrig ist und bleibt, und daß es eine sekundäre  
Frage ist, ob Frankreich mit einigen Divisionen  
oder mit einigen Regimentern im Ruhrgebiet  
bleibt. Selbstverständlich ist für jede Ver-  
handlung die Freilassung sämtlicher  
Verhafteten und Verurteilten und die  
Rückkehr der Ausgewiesenen zu  
ihren Arbeitsstätten unbedingte Voraussetzung.  
Im übrigen enthalte die französische Antwort  
auf den englischen Fragebogen nach der Wieder-  
gabe der „Westminster Gazette“ keine Entschlei-  
dungen über Frankreichs Gegenleistung gegen-  
über den Forderungen, die es an Deutschland  
stellt.

## Die neue Deimerte.

w. Berlin, 21. Juni. (Drahtber.) Nach dem  
diplomatischen Berichterstatter des „Daily Tele-  
graph“ konnte sich das britische Kabinett wegen  
der durch die Ministerkrise in Belgien hervor-  
gerufenen Verzögerung in der Abendung der  
französischen bzw. französisch-belgischen An-  
wort nach London gehern nicht mehr mit der  
Ruhe- und Reparationsfrage befassen. Der  
Berichterstatter erklärt, wenn gemeldet werde,  
daß Poincaré seinen bisherigen Standpunkt  
in veränderten zur Erörterung stehenden Fra-  
gen aufgegeben habe, so sei dies in gefahr-  
licher Weise irreführend. Bisher  
sei kein Beweis dafür vorhanden, daß die fran-  
zösische Regierung nach Einstellung des passiven  
Widerstandes seitens der deutschen Regierung  
bereit sein würde, die Ruhrbesetzung bis zu  
einem gewissen Grade unsicher zu machen und  
sodann die unmittelbare Kontrolle der Eisen-  
bahnen, Bergwerke und anderen Einnahme-  
quellen zu mildern. Die vorhandenen Beweise  
scheinen im Gegenteil entgegengesetzter  
Art zu sein und die entsprechenden Antworten  
Belgiens und Frankreichs wichen sehr von  
einander ab. (Einstellung des passiven Wider-  
standes, Bezahlung der freiwillig anerkannten  
Schulden und Verlust des Reichsgebietes. So  
ähnlich. D. Red.)

Paris, 21. Juni. (Eig. Drahtber.) Der bel-  
gische Botschafter in Paris wurde heute von  
Poincaré empfangen. Mit Rücksicht auf die  
belgische Ministerkrise, die keine entscheidenden  
Beschlüsse zu fassen gestattet, können nur münd-  
liche Verhandlungen zwischen Frank-  
reich und Belgien stattfinden, die sich nach  
dem „Temps“ auf die dem französischen Botschaf-  
ter in London zu erteilenden Instruktionen be-  
ziehen.

## Französisch-belgischer Meinungsaustrausch.

London, 21. Juni. (Drahtber.) Nach dem Be-  
richterstatter der „Times“ ist man in Paris der  
Ansicht, daß der belgische Botschafter Poin-  
caré über den belgischen Standpunkt zu den  
in dem britischen Memorandum gestellten Fra-  
gen unterrichtet habe. Eine offizielle Bestäti-  
gung fehle jedoch und es sei vielleicht verfrüht,  
anzunehmen, daß Paris und Brüssel  
übereinstimmen. Die Franzosen hätten ur-  
sprünglich neun Forderungen bezüglich  
der Einstellung des passiven Widerstandes im  
Ruhrgebiet gestellt. Diese Forderungen seien  
jedoch gemildert worden.

## Schwere Uebergriffe der Franzosen in Mannheim.

w. Mannheim, 21. Juni. Ueber schwere  
Uebergriffe französischer Soldaten im un-  
besetzten Gebiet von Mannheim wird  
uns von der Polizeidirektion mitgeteilt: Am  
21. Juni, morgens zwischen 1 und 2 Uhr, hiel-  
ten sich französische Soldaten in den Häuser-  
reihen bei H 37 im unbesetzten Gebiet auf  
und überfielen mit vorgehaltenem Revol-  
ver unter dem Rufe „Hände hoch!“ die Vorüber-  
gehenden und durchsuchten sie. Soweit bis  
jetzt festgestellt werden konnte, wurde hierbei  
eine Frauensperson unter die Räder gegriffen  
und ihr sowie einem Manne das Geld ab-  
genommen. Einem anderen Zivilisten wurde  
der Kragen und die Kravatte betastet. Einem  
anderen Zivilisten wurde der Kragen und die  
Kravatte betastet. Einem anderen Zivilisten  
wurde der Kragen und die Kravatte betastet.  
Den patrouillierenden Polizeibeamten wurde  
von der Frauensperson Anzeige erstattet, worauf  
sich eine Polizeistreife an den Lortort begab. Die  
Franzosen hatten sich in der Zwischenzeit nach  
dem Aufsenzug verzogen, stellten sich jedoch  
immer noch im unbesetzten Gebiet auf. Die Poli-  
zeibeamten verfolgten einen Franzosen ins  
besetzte Gebiet. Dieser zog sofort seinen Revolver  
und bedrohte den ihn zur Rede stellenden Be-  
amten. Ein zweiter Franzose gab auf der  
Flucht einen Schuß auf einen Polizeibea-  
mten ab. Darauf schoß auch der erste  
Franzose beim Zurückgehen. Als die Poli-  
zeibeamten, nachdem sich die Franzosen ins be-  
setzte Gebiet zurückgezogen hatten, nach der  
Wache zurückkehren wollten, eröffneten die  
Franzosen ein regelrechtes Schützen-  
feuer auf die deutschen Beamten. Das Feuer  
wurde von ihnen erwidert. Ein Polizei-  
beamter wurde durch einen Duer-  
schläger verwundet. Nach dem Vorfall  
patrouillierten die Franzosen bis in die Quad-  
rate D, E, F und G.

Schon heute muß gegen dieses empörende Ver-  
halten schärfter Protest erhoben werden.  
Daß nicht Tote auf dem Plage geblieben sind,  
ist ein Wunder. Wenn das der Fall gewesen  
wäre, würde die Verantwortung ausschließlich  
die Franzosen treffen. Immer mehr macht sich  
der Eindruck geltend, als ob die Angehörigen  
der Besatzungsstruppen sich ganz überlassen  
und jeder treiben kann, was ihm am besten  
dünkt. Mit der Disziplin scheint es bei den Franzosen  
nicht mehr weit her zu sein.

Von den Franzosen wurde auch im Stadtteil  
Jungbusch großer Unfug verübt. Sie schlugen  
an die Rolläden einer Wirtschaft und forder-  
ten den Wirt auf, zu öffnen, da er noch Gäste  
beherberge. Als der Wirt nicht sofort öffnete,  
wurde von den Franzosen die große Scheibe der  
Eingangstür in Trümmer geschlagen. Als nun  
die Wirtleute geöffnet hatten, wurden sie von  
den Franzosen in der unverschämtesten Weise an-  
geschrien und beschimpft. Die Franzosen  
schlugen auch die Schaufensterscheibe eines Zi-  
garrengegeschäfts ein.

Mannheim, 21. Juni. Die beiden Mann-  
heimer Polizeibeamten J. Hübner und Fried-  
rich Günter wurden vom französischen Mi-  
litärgericht in Landau, weil sie im besetzten  
Mannheimer Ostgebiet in Zivil Dienst ver-  
setzt, zu je sechs Monaten Gefängnis und zwei  
Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Der  
hiesige Gendarmeriechefmeister Sandri-  
ser erhielt aus dem gleichen Grunde die gleiche  
Strafe.

Mannheim, 21. Juni. Der Angestellte der  
Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen,  
Dingeldey, wurde, als er die Rhein-  
brücke von Mannheim nach Ludwigshafen über-  
schreiten wollte, aus bisher unbekanntem Grün-  
de von den Franzosen verhaftet und nach  
Mainz gebracht. Dingeldey nahm als Offizier  
der deutschen Armee am Weltkrieg teil und ist  
seit Friedensschluß bei der Anilinfabrik ange-  
stellt.

## Die Franzosen wollen auch den Straßenbahn- verkehr stilllegen.

Berlin, 21. Juni. Wie die Blätter aus Bel-  
gien berichten, soll die in den letzten  
Wochen von den Franzosen durchgeführte Ver-  
kehrsbeschränkung im Ruhrgebiet jetzt auch auf  
die Straßenbahnen ausgedehnt werden.  
Die Tramwaygesellschaften sollen die Linien,  
die erst vom Jahr 1921 ab in Betrieb genom-  
men sind, sämtlich stilllegen.

Da der Lebensmitteltransport auf der Eisen-  
bahn vollständig unterbunden ist und die Le-  
bensmittel zum größten Teil auf der Straßen-  
bahn befördert wurden, bedeutet die neue von  
den Franzosen in Aussicht gestellte Maßnahme  
eine weitere Erschwerung der Lebensmittelver-  
sorgung des Ruhrgebietes. Die Bevölkerung be-  
fürchtet bereits das Schlimmste und weist dar-  
auf hin, daß mit dieser Methode der Franzosen  
das Ruhrgebiet dem Bolschewismus in die  
Arme getrieben wird.

## Ausgewiesen.

Frankfurt a. M., 21. Juni. Am 19. Juni  
wurden Regierungsbaumeister Freyer aus Conz  
mit seiner Frau nebst 58 Eisenbahnern  
mit 135 Angehörigen aus Karlsruhs aus-  
gewiesen und mit Sonderzug nach Dies gebracht.

## Verurteilt.

Nachen, 20. Juni. Der Landrat des Kreises  
Hainberg, Claffen, ist vom belgischen  
Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis und 5  
Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden.  
Er wurde sodat in Haft gehalten. Claffen  
ist der erste verurteilte Landrat im Regierungs-  
bezirk Nachen.

## Die Revision im Falle Goerges verworfen.

Düsseldorf, 21. Juni. Das französische  
Oberkriegsgericht in Düsseldorf hat heute die Re-  
vision gegen das vom Mainzer Kriegsgericht ge-  
fallte Todesurteil gegen Landwirtschaftslehrer  
Goerges verworfen und das Todes-  
urteil bestätigt.

## Verwerfung einer Revision im Krupp-Prozess.

Berlin, 21. Juni. (Drahtber.) Die Re-  
vision, die gegen das zweite auf 7 Monate  
Gefängnis lautende Urteil des Kruppischen  
Betriebsratmitglieds Müller einge-  
legt worden ist, wurde, einer Blättermeldung  
zufolge, vom französischen Kriegsgericht ver-  
worfen.

## Verhafteter französischer Spion.

Augsburg, 21. Juni. Hier wurde der Zwei-  
brücker Kaufmann Messerschmidt verhaf-  
tet, der der Spionage verdächtigt ist. Messer-  
schmidt hatte in französischem Auftrag Ver-  
sammlungen aller Richtungen besucht und  
darüber berichtet. In Bayern galt seine Tätig-  
keit hauptsächlich der Aushebung Ausgewie-  
sener. Messerschmidt, der Anlaß zu mancherlei  
Schikanen an Pfälzer Bürger gegeben hatte,  
wurde u. a. auch eines blühenden Kettenhandels  
mit Stahl im Werte von 75 Millionen, des un-  
erlaubten Autohandels und der Steuerhinter-  
ziehung überführt.

## Zur Lage an Ruhr und Rhein.

Der Abwehrkampf an Rhein und Ruhr drängt  
der Entscheidung zu. Zweifellos hat der deut-  
sche Widerstand den Erfolg zu verzeichnen, daß  
die ganze Welt und auch Frankreich selbst sich von  
der Unmöglichkeit überzeugen konnten, auf dem  
Wege des Rechtsbruches und der hemmungslosen  
Militärgewalt wirtschaftliche Fragen zu lösen.  
Ein namhafter Teil der heutigen Großmächte  
hat ein wachsendes Interesse daran, die euro-  
päische Krisis schnell und gründlich gelöst und  
Deutschland als lebensfähigen Staat und Wirt-  
schaftskörper erhalten zu sehen. Der Gedanke,  
daß Deutschland unter allen Umständen seine  
nationale Freiheit wiedererlangen will und bere-  
it ist, hierfür einen großen materiellen Preis  
zu zahlen, wird in zunehmendem Maße im Aus-  
land verstanden und gewürdigt. Das alles wäre  
auf keinem andern Wege zu erreichen gewesen.  
Andererseits besteht auch heute noch die Gefahr,  
daß Deutschland den Fehler begangen hat, sich  
auf Grund nicht eingehaltener Zusagen — Wil-  
sons Punkte — einseitig entwarfaffen zu lassen,  
daß also eine Mitwirkung fremder Mächte an  
der Lösung der deutschen Frage nur insoweit  
zu erreichen ist, als sie in deren eigenem Inter-  
esse liegt. Für England, auf dessen Stellung-  
nahme es am meisten ankommt, stehen sich zunächst  
zwei Gesichtspunkte wirtschaftlicher Art gegen-  
über: die Bewertung Deutschlands als Kon-  
kurrent besonders auf dem Gebiet der Kohlen-  
förderung und der Stahl- und Eisenproduktion  
— und die Bewertung Deutschlands als Markt.  
Dazu tritt aber der Ausblick auf eine mögliche  
auch für England unerwünschte Machterhöhung  
Frankreichs, wenn Deutschland aufhört eine  
ernstzunehmende Macht zu sein, sowie die Gefahr  
einer bolschewistischen Entwicklung in Mittel-  
europa, wenn Deutschland zusammenbricht.

Auf Grund dieser Gesamtlage darf man hope-  
n, daß es dem deutschen Widerstand und dem  
englischen nächstern Staatsinteresse gelingen  
wird, Frankreich an den Verhandlungstisch zu  
bringen, an dem Deutschland als gleichberechtigte  
Macht Platz nimmt.

Der englische Premierminister hat ja denn  
auch schon erklärt, daß er alles daran setzen  
werde, das Reparationsproblem einer schnellen  
Lösung entgegenzuführen, da die Lage im  
Ruhrgebiet auch für England nach-  
teilig sei.

Was Deutschland als Entschädigung für den  
von ihm verlorenen Krieg und zur Einlösung  
seiner eingegangenen Verpflichtungen leisten will,  
ist in der Note vom 2. Mai und dem kürzlich  
herausgegebenen Memorandum ersichtlich und  
für jeden, der guten Willens ist, überzeugend  
dargelegt. Man wird auch dem Gedanken an  
Lord Curzon folgen können, daß zunächst mög-  
lichst nur über die geschäftliche Seite des un-  
vermeidlichen Ausgleichs gesprochen wird, bis  
hierin eine gemeinsame Grundlage erreicht ist.  
Dann aber erheben sich die bei weitem schwie-  
rigeren Fragen der nationalen Lebensinteressen,  
die sogenannten französischen Sicherungen und  
die zum mindesten ebenso nötigen deutschen  
Sicherungen. Man wird Frankreich gewisse Zu-  
geständnisse in dieser Richtung tatsächlich „um  
des lieben Friedens willen“ machen müssen, aber  
man wird sich dabei auf einen Friedenspakt be-  
schränken müssen und darf unter keinen Um-  
ständen dem Gedanken einer Internationalisierung  
preussischer oder sonstiger deutscher Gebiets-  
teile unter Völkerbundskontrolle zustimmen,  
noch der Forderung nach einer internationalen  
Gendarmerie, noch endlich der Schaffung eines  
rheinischen Bundesstaates innerhalb des Reichs-  
verbandes, d. h. also der Auflösung des Rhein-  
landes von Preußen im Sinne des Art. 18 der  
Weimarer Verfassung. Mehr denn je würde  
heute eine Zerbröckelung Preußens die Festigkeit  
des Reichs erschüttern und damit die Wider-  
standskraft nach außen ganz besonders in politi-  
scher Beziehung völlig unterhöhlen.

Daß die besetzten Gebiete durch den Einbruch  
und den deutschen Widerstand wirtschaftlich  
schwer gelitten haben, ist selbstverständlich nicht  
zu leugnen. Trotzdem ist gerade die gesamte  
beteiligte Bevölkerung fest entschlossen — und  
für die Gesamthaltung des deutschen Volkes wie  
für die Politik der Regierung ist diese ja in  
erster Linie maßgebend — diesen Widerstand bis  
zu einem positiven Ergebnis durchzuführen.  
Von seiner bedingungslosen Einstellung kann  
und darf keine Rede sein.

Sollte der Fortgang der Verhandlungen einen  
gewissen Übergangszustand erwünscht erscheinen  
lassen, so ist es Sache der Einbruchsmächte, durch  
willingen Verzicht auf die Eingriffe in das Wirt-  
schaftsleben, durch Aufhebung aller Strafen und  
Urteile und Wiederherstellung aller Vertriebenen  
eine Grundlage zu schaffen, auf der die Wirt-  
schaftsorganisation der besetzten Gebiete eine  
Wiederbelebung des Wirtschaftsbetriebes, soweit  
sie auch in deutschen Interesse liegt, in Erwa-  
gung ziehen könnten. Mit Regierungsanord-  
nungen ist hier gar nichts zu machen, und das

deutsche Volk wird, darüber möge man sich endlich im feindlichen Lager — auch im feindgerichtetem und verrannten französischen — nicht noch einmal die Torheit begehen, eine Waffe vorzeitig und einseitig aus der Hand zu legen!

Offizielle Reise der englischen Arbeiterführer ins Ruhrgebiet?

Paris, 21. Juni. Der Vondomer-Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, man spreche von einer offiziellen Reise der Führer der englischen Arbeiterpartei nach dem Ruhrgebiet. Diese Delegation wolle nach ihrer Rückkehr einen offiziellen Bericht über die Lage erstatten.

Zur Erziehung des Schweizer Schlee in Dortmund.

m. Bern, 21. Juni. (Drahtber.) Ein erster Bericht des Schweizer Konsuls in Düsseldorf über die Erziehung des Schweizer Schlee in Dortmund ist nun beim politischen Departement eingetroffen. Er enthält die unterschriebene Bestätigung der Dame, mit welcher Schlee an dem kritischen Abend kooperierte, zu der bereits bekannte Darstellung über den Verlauf der Dinge. Das politische Departement ist auch bei der französischen Regierung durch Vermittlung der Gesandtschaft in Paris vorläufig geworden und hat eine strenge Untersuchung verlangt und Schadenersatzforderung gestellt.

Die Verwaltung des Saargebietes.

Die Saarfrage fand bekanntlich im Versailler Diktat eine Regelung, die zwar deutschem Rechtsempfinden nicht entsprechen konnte, die aber zur Zurückweisung der französischen Annexionsforderungen als annehmbare Lösung erscheinen mochte, wenn man voraussetzte, daß diese Regelung dem Buchstaben und dem Geist der Bestimmungen nach durchgeführt wurde. Das Saargebiet wurde dem Völkerbund unterstellt, der die Verwaltung durch eine Kommission vornehmen läßt, die in jeder Beziehung dem Völkerbund und seiner Kontrolle unterworfen sein soll. Verschiedene Bedenken, die damals die deutsche Friedensdelegation auf der „Friedens“-Konferenz gegen die Völkerbundsverwaltung geltend gemacht, wurden von den alliierten und assoziierten Regierungen damit zerstreut, daß man in einem offiziellen Schreiben feierlich erklärte:

„Das Gebiet wird nicht unter die Souveränität Frankreichs gestellt, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes.“

Und weiter: „Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die größte Sorgfalt darauf verwendet, den Bewohnern des Gebietes selbst ihre materiellen oder moralischen Schäden zu ersetzen... Die Einwohner behalten ihre bürgerlichen Vertretungen, ihre religiösen Freiheiten, ihre Schulen und den Gebrauch ihrer Sprache... Die Regierungskommission wird gehalten sein, die Ansicht der gewählten Vertreter des Gebietes zu hören, bevor sie zu irgend einer Gesetzesänderung oder zur Erhebung einer neuen Steuer schreitet.“

Die Aufgaben der Regierungskommission des Saargebietes wurden einwandfrei und eindeutig durch die Instruktion des Völkerbundesrates für die Regierungskommission des Saargebietes genau festgelegt. In Ziffer 3 dieser Instruktion heißt es:

„Die Regierungskommission hat keine anderen Aufgaben und Interessen als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saarbedingebietes.“

Wie die Verhältnisse im Saargebiet wirklich liegen, ist am krassen durch die sogen. „Notverordnung“ der Saarregierungskommission und die sich daran anschließende Debatte im englischen Unterhaus aller Welt bekannt geworden.

Deutsche Worte.

Handeln, kräftig handeln und beharrlich sein, nicht klagen und Meinungen ausdrücken, nicht den Patrioten nur mit Worten und ohne Aufopferung machen wollen — das ist jetzt das erste Pflichtgebot für jeden braven deutschen Mann. E. M. Arnold.

Alexander Fesca.

Ein Karlsruher Komponist vor 100 Jahren. In der Musikalischen Morgenfeier am kommenden Sonntag im Landeshaushaus kommt ein Trio für Klavier, Violine und Violoncello von Alexander Fesca zur Aufführung. Bei dieser Gelegenheit lautet der Name „Fesca“ wieder auf, der allmählich ins Dunkel der Vergessenheit gelitten war. Nach bis vor wenig Jahrzehnten hörte man ihn häufig, besonders in jenen Kreisen singender Musikliebhaber, die bei der Ausübung ihrer Gefänge ihr Augenmerk weniger auf innere und musikalische Werte als vielmehr auf leicht eingängige und langdauere, wenn auch manchmal platte Melodien richteten. Die Verehrer der „geföhlsvollen“ Musik eines Abt. Räden, Curichmann waren auch die Alexander Fescas. Aus der Zeit etwas weiter zurück stammt der Verehrer des des anderen Fesca. Die ihn schätzten, gaben ihrer Handmusik eine gediegene Richtung. Das Streichquartett erfreute sich ihrer Pflege und Ernst Friedrich Fescas Quartette fanden bei ihnen hoch im Kurs. Sie galten nicht viel weniger als die von Handt und Mozart. So war für die Einen der Vater der Träger des Namens, für die anderen war er der Sohn. Für uns Karlsruher haben beide Bedeutung, war doch ihr Leben und Wirken mit dem Musikleben unserer Stadt vor 100 Jahren eng verknüpft. Fesca der Ältere, nicht bloß als Komponist (als solcher ist er von keinem Beringeren als von Carl Maria v. Weber in dessen kritischen Schriften gewürdigt worden. Die Schriftleitung), sondern auch als Geiger sich auszeichnend, erhielt 1815 die Konzertmeisterstelle der Großherzoglichen Hofkapelle. Er starb 1826.

Da trotz des Eingreifens des Völkerbundes, wenn es auch nur ganz unzulänglich war, eine Forderung des Verwaltungsverfahrens der Saarregierungskommission nicht eingetreten ist, so haben sich die politischen Parteien und die Landesratsfraktionen des Saargebietes (Zentrumspartei, Vereinigte Sozialdemokratische Partei und Deutschnationale Volkspartei) veranlaßt gesehen, in einer umfangreichen Denkschrift dem Völkerbundsrat die Praxis der Saarregierungskommission bei der Anwendung des Saarstatuts vor Augen zu führen. Sie stellen an Hand zahlreicher Beispiele und unter Berufung auf die Saarstatutbestimmungen, auf das Völkerbundsstatut und auf die auf der Friedenskonferenz von den alliierten und assoziierten Mächten niedergelegten Grundsätze den Geist des Saarstatuts mit der praktischen Anwendung dieser Vertragsbestimmungen durch die Saarregierungskommission in Vergleich.

In der Denkschrift wird u. a. gesagt: „In dem Saarstatut ist bestimmt, daß die Regierungskommission weder Gesetze noch Verordnungen ändern, noch Steuern erheben darf, ohne die gewählten Vertreter der Bevölkerung zu befragen. Um bei der Bevölkerung keinerlei Sorge um die Erhaltung der von ihren Vätern ererbten Kultur aufkommen zu lassen, wurde ihr die Unantastbarkeit ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Selbstverwaltung in den bürgerlichen Vertretungen, ihrer religiösen Freiheiten, ihrer Schulen und Sprache, ihrer Gerichtsbarkeit und ihrer sozialen Rechte sichergestellt. Damit noch nicht genug: „genügend Bürgschaften gegen jeden Mißbrauch der der Regierungskommission anvertrauten Macht“ zu geben, ist die Verantwortlichkeit der Regierungskommission gegenüber dem Völkerbunde festgelegt.“

Die Denkschrift stellt dann fest, daß die Regierungskommission sich dem Geist des Saarstatuts nicht zu eigen gemacht hat, ihre Praxis lasse vielmehr die Gesetze und Verordnungen ändern, noch Steuern erheben, ohne die gewählten Vertreter der Bevölkerung zu befragen. Um bei der Bevölkerung keinerlei Sorge um die Erhaltung der von ihren Vätern ererbten Kultur aufkommen zu lassen, wurde ihr die Unantastbarkeit ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Selbstverwaltung in den bürgerlichen Vertretungen, ihrer religiösen Freiheiten, ihrer Schulen und Sprache, ihrer Gerichtsbarkeit und ihrer sozialen Rechte sichergestellt. Damit noch nicht genug: „genügend Bürgschaften gegen jeden Mißbrauch der der Regierungskommission anvertrauten Macht“ zu geben, ist die Verantwortlichkeit der Regierungskommission gegenüber dem Völkerbunde festgelegt.“

Sie kommt schließlich zu folgendem Ergebnis: Die Tätigkeit der Regierungskommission hat unhaltbare Zustände geschaffen. Eine tiefe Kluft ist aufgerissen zwischen Regierung und Bevölkerung. Alle guten Elemente der Bevölkerung werden durch die Methoden der Regierungskommission abgesehen. Durch Engherzigkeit und Mißachtung verbriefter Rechte, durch Verständnislosigkeit für die Bedürfnisse der Bevölkerung und durch Mißbrauch der ihr anvertrauten Gewalt hat die Regierungskommission es in so kurzer Zeit erreicht, daß sie alles und jedes Vertrauen in der gesamten Bevölkerung verloren hat. Sie steht allein und isoliert in dem Gebiet, dessen Wohlfahrt in ihre Hände gelegt ist. Dabei war ihre Aufgabe derartig ideal, daß ihre Erfüllung ihr zum höchsten Ansehen in der ganzen Welt verholfen hätte. Sie sollte die hohen Grundsätze des Völkerbundes: Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung verwirklichen. Hierdurch sollte sie die tiefe Kluft zwischen zwei großen Völkern überbrücken. Die Regierungskommission hat dies nicht vermocht. Sie hat die hohen Prinzipien, die die Gründung des Völkerbundes veranlaßt haben, nicht in die Tat umgesetzt. Das ist der Grund, aus welchem nicht etwa die Idee, wohl aber das Werk beruht, die dazu berufen waren, diese Idee in die Tat umzusetzen, Schiffbruch leiden mußten.

Und dennoch lebt im Saargebiet eine Bevölkerung, die aufrichtig wünscht, daß die großen Gedanken, die erhabenen Ideale des Völkerbundes verwirklicht werden von einer Kommission, die dieses Ziel auch wirklich ernstlich will. Einer solchen Regierung würde die ganze Welt Beifall zollen. Vor aller Welt wäre dann der Beweis dafür erbracht, daß eines der schwierigsten Probleme der Weltgeschichte auf dem Wege über den Völkerbund seiner Lösung zugeführt werden kann im Geiste der Gerechtigkeit und der Völkervereinbarung.

Sechs Jahre früher hatte sein Sohn Alexander in Karlsruhe das Licht der Welt erblickt. Er hatte von seinem Vater die reichen musikalischen Anlagen, nicht aber, wie es sich später zeigte, dessen selbstkritischen Sinn geerbt. Von seinen ersten Erzieher wurde nichts unterlassen, um seine ungewöhnliche Begabung, die schon dem Klüßrigen gefühlte, als Klavierspieler öffentlich aufzutreten, zu fördern. Man brachte ihn nach Berlin und gab ihm die ersten Musikalischen als Lehrer im Klavierpiel wie in der Komposition. Das Erstlingswerk des klüßrigen, die einstige Oper „Marta“, ging über die Karlsruher Bühne. Drei Jahre später auch die dreistimmige Oper „Die Franzosen in Spanien“. Inzwischen hatte er sich auf Kunstreisen in Nord- und Süddeutschland, Desterreich und Ungarn den Ruf eines glänzenden Pianisten erworben. Fürst Eggen von Fürstberg ernannte ihn zum Kammermusikanten, Konzertieren und Komponieren wechselte nun miteinander ab. Einem oft spontanen Schaffensdrang entsprangen Solistische, Kammermusikwerke und zahlreiche Veder. Für ihre allgemeine Beliebtheit spricht, daß lange nach dem Tode ihres Autors spektakuläre Vorträge 48 von ihnen zu einer Sammlung vereinigte, die als „Fescasalbum“ weit Verbreitung fand. Eine dritte Oper, „Der Troubadour“, ging in Braunschweig über die Bretter. In dieser Stadt hatte Fesca der Jüngere seinen dauernden Wohnsitz genommen, und in ihr starb er erst 20 Jahre alt.

Man hat die Ursache seines frühen Todes in einem unordentlichen Lebenswandel gesucht. Hat der jüngere Fesca, im Gegensatz zu seinem Vater, ohne vernünftige Hemmung, als freier Künstler zu einer die Schranken des Mäßigen leicht übersteigenden Lebensweise zueilen, so hatte er dies mit anderen Künstlern gemeinsam, die, Liebhaber des Publikums, schon in jungen Jahren gefeiert zu werden. Aus seinen manchmal leicht hingeworfenen Kompositionen auf eine leichte Lebensauffassung zu schließen, scheint jedenfalls gewagt. Er besaß nun einmal die Gabe, seine eine romantisch angehauchten Empfinden entzündenden Gedanken mühelos zu einem fließenden Ganzen zu formen, das ohne geistige Anstrengung aufgenommen werden kann. Möglich, daß durch eindrucksvolle feilische

Deutsche Entdeckungsreisen in Amerika.

Seit längerer Zeit macht der frühere sozialdemokratische Bildungsminister Hefens, Dr. Reinhard Streder, die Vereinigten Staaten unjücher und schreibt von dort an den „Vorwärts“ Reisebriefe. Es ist wie ein Verhängnis. Nur in seltenen Ausnahmefällen sind Deutsche imstande, amerikanische und deutsche Verhältnisse richtig miteinander zu vergleichen, und es macht keinen Unterschied dabei, aus welcher Schicht oder Parteirichtung der betreffende Reisende kommt — das Urteil ist immer gleich schief und oberflächlich. Herr Dr. Streder ist nun besonders dadurch voreingenommen, daß er auch in Amerika alles durch die Parteilinse sieht und infolgedessen noch schiefere und oberflächlichere Urteile als die andern.

Für Herrn Dr. Streder ist das amerikanische Schul- und Bildungswesen das Ideal, weil die Schüler aus der Volksschule in die höheren Unterrichtsanstalten aufsteigen können und es keine Klassenunterschiede gibt. Dabei leistet er sich die Entdeckung, der in den höheren Schulen Deutschlands gepflegte Unterricht in fremden Sprachen habe nur den Zweck gehabt, eine Barriere zwischen den gebildeten und ungebildeten Klassen aufzurichten und so den Klassenunterschied zu betonen. Das ist in der Tat eine merkwürdige Auffassung, die vielleicht auch bei den Parteigenossen des Herrn Dr. Streder einiges Kopfschütteln verursachen wird. Er gibt selbst zu, daß der fremdsprachliche Unterricht in Amerika gegen Deutschland weit zurück ist und meint, dort brauche man auch die fremden Sprachen nicht. Das zeigt am besten, wie wenig Verständnis Herr Dr. Streder für solche Dinge mitbringt. Gerade in Amerika, wo Einwanderer aus allen Ländern zusammenströmen, ist das Bedürfnis nach der Kenntnis fremder Sprachen besonders groß. Aber es wird das Englische einseitig bevorzugt, weil die herrschende angelsächsische Oberschicht die allen Eingewanderten eingehäute Hochachtung vor der Überlegenheit des angelsächsischen Wesens auch auf diesem Wege stiften muß. Und so was reist nach Amerika, um solche Entdeckungen zu machen!

Deutsches Reich

Der Reichspräsident in Weimar.

Weimar, 21. Juni. In Ehren des Reichspräsidenten fand ein Empfang statt, an dem die Mitglieder der Landesregierung und das Landtagspräsidium, die Führer der Fraktionen des Landtags, die Vorsitzenden der Wirtschaftsausschüsse und Berufsverbände, die Spitzen der Behörden, der Vorstand des deutschen Schillerbundes, Staatssekretär Schulz vom Reichsministerium des Innern und andere teilnahmen. Wobens die Reichspräsident die Eröffnungsfeierlichkeiten der unter Leitung des Generalintendanten Handt von Deutschen Schillerbund für die deutsche Jugend im Nationaltheater veranstalteten Nationalfestspiele, zu denen Abordnungen vieler Schulen aus dem ganzen Reich, insbesondere auch aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet hier eingetroffen sind. Namens des Deutschen Schillerbundes hielt Professor Dr. Scheide den Reichspräsidenten mit herzlichen Worten willkommen. Der Reichspräsident erwiderte mit Worten des Dankes und der Begrüßung an die deutsche Jugend. Mit besonderer Herzlichkeit begrüßte er die Vertreter der Jugend aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet, die hier am frühen Daul deutschen Geistes und deutscher Kultur neue Stärkung finden möge zum tapferen Aushalten in all der dringlichen Drangsal unferer Vögelner.

In der Theaterpause empfing der Reichspräsident die Abordnungen von Wehrern und Schülern aus dem Rheinland, dem Ruhr- und Saargebiet, die ihm erneut den Willen zum zehnten Jahrestag bis zur Stunde der Freiheit versicherten.

Reichstag und Hypothekensperre.

m. Berlin, 21. Juni. (Drahtber.) Durch süd-deutsche Blätter geht die Nachricht, daß der Antrag Düringer und Gen. über die Sperre von Hypotheken im Reichstag keine Erledigung gefunden hat. Diese Mitteilung beruht auf einem Irrtum. Das Plenum hat noch keine Stellung zu der Sache genommen. Einflußreiche Reichstagsmitglieder beschäftigen die Zurückweisung des Antrages an den Rechtsausschuß vor dem Auseinandergehen des Reichstages zu beantragen.

Erhöhung der Steuervorauszahlungen.

m. Berlin, 21. Juni. Der Steuerausschuß des Reichstages behandelte heute zunächst weiter den Antrag Lange-Degermann (Str.) über die Erhöhung der Vorauszahlung auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer. Der Antrag ist dahin geändert, daß die Vorauszahlung auf das 20fache bei der Einkommensteuer und auf das 25fache bei der Körperschaftsteuer erhöht werden soll.

Verknüpfung der Abzüge für Werbungskosten.

Berlin, 21. Juni. Am Steuerausschuß des Reichstages ist bei der Frage der Einkommensteuerregelung allgemein eine Verknüpfung der Abzüge für Werbungskosten sowie für Ehegatten und Kinder beschlossen worden.

Rosbach.

Berlin, 21. Juni. Der frühere Oberleutnant Rosbach, gegen den ein Verbot wegen Geheimnisverrat beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik schwebt, hatte neuerdings Beschwerde gegen seine Verhaftung erhoben. Nach einer Blättermeldung aus Leipzig hat der Staatsgerichtshof die Beschwerde als unbegründet verworfen.

Der Münchner Hochverratsprozess.

München, 21. Juni. In dem Hochverratsprozess gegen Fuchs und Genossen wird die Urteilsverkündung am 9. Juli ds. Js. erfolgen.

Badische Politik

Landtagsausflug.

Karlsruhe, 21. Juni. Zahlreiche Abgeordnete aller Parteien und die Mitglieder der Regierung mit dem Staatspräsidenten Remmele an der Spitze befristeten gestern nachmittag das landwirtschaftliche Versuchsgelände und Lehrgarten in Karstadt. Im Wirtschaftsgelände begrüßte der Präsident der Landwirtschaftskammer, Abg. Gebhard, die Versammlung, zu der sich auch Oberbürgermeister Dr. Renner gestellt hatte. Er hob hervor, wiewohl hoher Wert auf gute Beziehungen zwischen Kammer, Regierung und Volksvertretung lege. Dies sei auch der Grund der Einladung nach Karstadt, um sich hier von der geleisteten Arbeit zu überzeugen, zumal diese in letzter Zeit mehrfach Gegenstand der Kritik gewesen sei. Das etwa eine halbe Stunde vor der Stadt gelegene Gelände, früher der Gemeinde Karstadt gehöriges Allmendstück, umfaßt 146 Hektar und wurde 1918 von der Landwirtschaftskammer übernommen. Es bedurfte gewaltiger Arbeit, um den total verunkrauteten Boden wieder intensiver landwirtschaftlicher Nutzung zuzuführen. Das Gut soll weiterhin ausgebaut und daneben auch Vieh- und Forstwirtschaft nach Möglichkeit betrieben werden. Die größte Bedeutung mißt aber der Redner bei dem mit dem Gut verbundenen Saatgutanstalt bei im Hinblick darauf, daß die Landwirtschaft angesichts unferer Ernährungslage nur dann den erwünschten Erfolg zeitigen kann, wenn Vorzüge getroffen sei für feinstreine qualitativ wertvolle Saatgut zu

schmelzen der A. D. Kunstausstellung, Abteilungsanwendung Kunst, und in den Berken der Delmalerei ausbricht.

Ab. Hildenbrand hat in zahlreichen Delmalereien auch das Frauenbild und die Kunst des süddeutschen Schwarzmalers zur Ausgestaltung gebracht. Sowohl in den Bildnissen, wie in den mehr staffierten Landschaften, die meist in hellen, ungebunden neben einander gelegten Farben gehalten sind, spricht sich ein feilischer, oft feierlicher Sinn für Malerei aus, so stark die Motive selbst in der häuslichen Welt oder in der uralten Landschaft wurzeln. Es ist bemerkenswert und verdient alle Beachtung, wie hier die Sprache der Malerei zum gestaltreichen poetischen Ausdruck umgewandelt wird. B.

Von der Heidelberger Universität. Rautat Ludwig Schmieder von Heidelberg wurde von der medizinischen Fakultät zum Ehren doktor ernannt.

Der durch das Ableben des Geh. Rats Karl Besold erledigte Lehrstuhl der semitischen Philologie wurde dem ordentlichen Professor Dr. Gottlieb Bergsträsser in Breslau angeboten.

Der Direktor der badischen Landesbibliothek auf dem Königstuhl, Geh. Rat Professor Dr. Max Wolf, feiert am 21. Juni seinen 60. Geburtstag. Seit 1890 wohnt Dr. Wolf in Heidelberg. Als erster wählte er das fotografische Verfahren zum Aufsuchen von Planetoiden mit großem Erfolg an und baute diese Erfindung aus, so daß auch die Photographie der Nebelwolke möglich wurde. 1905 gründete er nicht allein die Entdeckung der ersten interstellaren Gase, sondern auch das Ausmessen derselben. Zahlreiche weitere Entdeckungen folgten, die in einer Reihe Veröffentlichungen niedergelegt sind.

Ein römisches Kriegesrelief wurde bei der unteren Mühle in Fischenbach im Kreisgebiet gefunden. Es ist ein etwa 50 cm langes und 45 cm breites Brustbild eines Kriegers aus rotem Sandstein eingemauert. Das Bild wurde beim Bau der Mühle im Jahre 1833 aufgefunden und in die Bordwand eingemauert. In der Gegend von Fischenbach haben vor etwa 2000 Jahren die Römer auf Silber gegraben. Helm und Gewand des Kriegers entsprechen der Bekleidung der römischen Soldaten.

Erlebnisse hervorgerufene innere Spannung, die er hätte überwinden müssen, das Tondichter seiner Kompositionen vertieft und ihr Verbleibend erhöht worden wäre. Aber neben dem jugendlichen Unbekümmerten enthalten sie viel Jugendfröhliches und Liebenswürdiges, viel echte Musikerfreudigkeit, die aus warmem Herzen quillt und die ihren Weg in einem reichhaltigen Melodienfluß sucht, von dem auch noch manch Würzlein in unferer Gefühlswelt erquickend benützt werden kann.

F. Schweikert.

Kunst und Wissenschaft

Kunsthans Sebald.

Außer den in der Großen Deutschen Kunstausstellung ausgestellten und hier schon besprochenen Bildern und Graphiken hat Adolf Hiltenbrand eine größere Sammlung von Werken der letzten Zeit im Kunsthans Sebald zur Ausstellung gebracht. Vor allem machen hier seine Aquarelle durch die Eigenart ihrer farbigen Darbietung, durch die achaltene und beherrschte Vortragsweise und durch die feine Empfindung für Stimmung einen außerordentlich starken Eindruck ganz persönlicher Art. Die Blätter mit ihrem meist gedämpften Farbcharakter und ihrer weichen fließenden Lösung fallen aus der sonst üblichen hellen und klarfarbigen Aquarellmalerei heraus und werden durch ihren bräunlich-lamarilligen Ton den lokalen Darstellungen aus Bernau, vom Ober- und aus dem Donau einen geheimnisvollen Zug, der sich in einzelnen Blättern bis ins Mystische steigert. In gleicher Weise sind diese Umzeichnungen der Landschaft in ein Topisches oder Mythologisches in den Zeichnungen und Radierungen behandelt. Entsprechend einer zeitlosen Kunst entstehen hierdurch eine Art ortlose und raumlose, also auf Flächenwirkungen abzielende Blätter, die in Farbcharakter und Durchführung eine altmeisterlichen Schöpfungen nahekommen und doch aus neuem Geiste geboren sind. Diese malerischen Werke machen aus demselben einheitlichen Boden einer künstlerischen Persönlichkeit, die sich in den köstlichen Email-

und die der Bodenbeschaffenheit und klimatischen Lage der verschiedenen Gegenden des Landes entsprechende Auswahl.

Man teilte sich dann in vier Gruppen, um zunächst die Gebälkflächen in Augenschein zu nehmen. Auf dem Gut sind etwa 100 Personen beschäftigt, darunter gegen 50 Praktikanten, für die in vorbildlicher Weise gelehrt und die Gewähr gegeben ist, daß sie zu tüchtigen Landwirten werden. Hochinteressant gestaltete sich der Einblick in die Saatgutauswahl mit ihrem umfangreichen und viel Gebuld erfordernden Aufgabenkreis. Auch die sonstigen Bauten und Stallungen sind in guter Verfassung. Dasselbe gilt von dem Vieh- und Pferdebestand. Inzwischen hatte der Wettergott ein Einsehen, und nun ging unter fachkundiger Führung ins Freie. Sowohl in den Versuchsgärten wie im eigentlichen Ackerfeld konnte jedermann ein überzeugendes Bild davon gewinnen, daß die aufgewandten Bemühungen nicht umsonst waren und bereits nennenswerte Erfolge zu buchen sind. Prächtig stehen z. B. die Weizenfelder. Nach eingehender Besichtigung der weiten Ackerfläche unter Zuhilfenahme von Führerwerken wurde den Teilnehmern im Wirtschaftsgelände ein Imbiß geboten. Dabei dankte Präsident Gehard Regierung und Landtag für das dem Vortrag entgegengedachte Interesse. Landtagspräsident Dr. Baumgartner gab die Befriedigung über das Gesehene kund, welches zu der Hoffnung berechtigt, daß es gelingen wird, das deutsche Volk auf deutschem Boden zu ernähren. Die Bauernsöhne aber mögen mehr den kulturellen Wert einer gründlichen Fachausbildung erkennen. Der Redner dankte Allen, die sich heute durch Belehrung und Aufklärung verdient gemacht haben, und schloß mit einem Hoch auf die Landwirtschaftskammer. Direktor Dr. Müller umschrieb in einem kurzen Vortrag die Aufgaben der landwirtschaftlichen Organisation und würdige insbesondere die wirtschaftliche Bedeutung der Saatzeit. Inspektor Busse äußerte sich über Saatgutmethoden. Auch durch die Reden der Hgg. Gehard, Herlich, Dörner und Weber-Baden hing die Genugtuung über das Gesehene. Das Schwarzwalddarstellungskomitee unter der Leitung des Gymnasialprofessors Weiß erfreute durch mehrere ausgezeichnete Vorträge. Im Anschluß an ein begeistertes aufgenommenes Hoch auf das deutsche Vaterland und die engere Heimat fand die Verammlung das Deutschlandlied. Gegen 9 Uhr kehrten die Ausflügler nach Karlsruhe zurück.

Mosbach, 21. Juni. Das Mitglied der badischen Nationalversammlung, die nach der Revolution gewählt wurde und aus der dann der erste nachrevolutionäre Landtag hervorging, Altkadett Reinhard, ist im 76. Lebensjahre gestorben. Er war Alterspräsident jener Nationalversammlung, mußte aber dann nach Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses sein Mandat abgeben. Politisch gehörte der Verstorbene der Zentrumspartei an.

Aus Baden

e. Durlach, 21. Juni. Der versuchsweisen Einführung eines Familienbades in der an Bademeister Stiefel verpachteten städtischen Badeanstalt wird vom Stadtrat zugestimmt (an einem Freitag und Sonntags). — Der Stadtrat erklärt sich mit dem Projekt des Kulturamts, Errichtung einer Stauinsel bei der Bühnenloshausen in Göttingen zwecks Ableitung der Pflanz, einvernehmlich und sichert einen entsprechenden Kostenanteil zu.

i. Ballhof, 21. Juni. Die jüngste Gemeinderatsitzung genehmigte die Aufnahme von je 25 Millionen Mark auf Schuldschein bei den Sparkassen Wiesloch und Schwanau zur Bekämpfung laufender Bedürfnisse, die Erhöhung des Auerlums der einzelnen Lehrpersonen zur Verbreiterung der Schulstufen auf je 800 000 A pro Jahr; die Zurückzahlung zweier Baukostenzuschüsse in Höhe von 15 Millionen Mark; Er-

höhung der Jahresvergütung des Friedhofsaufsehers und des Ortsbauhauverwaltenden; den Zuschlag des Bezirkswohnungsverbandes zur Wohnungsabgabe in Höhe von 400 Prozent.

— Mannheim, 21. Juni. In der jüngsten Sitzung des Bürgerausschusses wurden die Beschlüsse des Ausschusses angenommen, wonach die städtischen Verwaltungsgeschäfte sich erhöhen oder ermäßigen in demselben Verhältnis, in dem sich die Besoldungsbezüge der städtischen Beamten gegenüber dem Stande vom 1. April 1923 ändern. Die 75 Millionen-Vorlage für Erhöhung der Feuerfischer im Nationaltheater, die eine Vergrößerung der Rauchabzugsöffnung vorsah, wurde vom Stadtrat zurückgezogen, weil die Anlage während der diesjährigen Theaterferien doch nicht mehr hätte fertiggestellt werden können.

— Mannheim, 21. Juni. Der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, einen großen Einbruchdiebstahl, der in der Nacht zum 17. Juni in Tübingen verübt wurde, und bei dem dem Ältern Ratin- und Gold- und Silbergegenstände im Werte von 80—90 Tausend Mark in die Hände fielen, aufzuklären. Der Dieb ist ein 33jähriger Zimmermann aus Harburg und der Fehler ein 35jähriger Aquatinteur aus Verdingen; beide wurden in dem Augenblick festgenommen, als sie die wertvollen Gegenstände bei einem Mannheimer Edelmetallkäufer zu Geld machen wollten. Fast sämtliche gestohlenen Gegenstände konnten wieder beigebracht werden.

— Vermerzbach b. Vermsbach, 21. Juni. Die etwa 60 jährige schwerhörige Witwe Wunich wurde auf der Straße nach der roten Lade von einem Personenauto überfahren und sofort getötet. Der Kraftwagenfahrer trifft keine Schuld, da die Frau aus demselben Suspensialantrieb in das Auto hineinkam.

— Bühl, 21. Juni. Beim Kirchenspektakel stürzte der 73 jährige Landwirt Alois Bauer im Zintenhardt bei Fuß so unglücklich vom Baum, daß er das Genick brach und alsbald starb.

Spaidingen, 21. Juni. Auf dem Heuberg ist der Schnee in solcher Menge gefallen, daß sich eine Schneedecke bilden konnte.

a. Vom Kaiserstuhl, 21. Juni. Allorts stehen die Reben in Blüte, die durch das nachhaltige Wetter sehr ungünstig beeinflusst wird. Außerdem tritt der Saurewurm sehr zahlreich auf. Da außerdem der Anflug der Wespen weit hinter dem des letzten Jahres zurückbleibt, sind die Aussichten zur Beichte dieses Jahr sehr gering.

— Stöckach, 21. Juni. Das 1 1/2 Jahre alte Kind der Familie Müll sprang ein vorbeifahrendes Fuhrwerk, wurde überfahren und sofort getötet.

— Waldshut, 21. Juni. Hier wurde ein Fahrradramer namens Höller aus Hochfestenommen, der eine ganze Reihe von Fahrrad- diebstählen auf dem Korbholz hat.

Schule und Kirche

Zur Finanzlage der Kirche.

Man schreibt uns: Die wirtschaftliche Not des Reiches und der Länder wirkt sich besonders hart bei den Kirchen aus. Auch die Evang. Kirche Badens ist in schwerer Bedrängnis geraten. Ihre ordentlichen Einnahmen sind bei weitem nicht ausreichend, ihren Bedarf zu decken. Die Hilfeleistung des Staates ist deshalb unerlässlich. Der Staat ist auch gewillt, diese Hilfe zu gewähren. Er verlangt aber von der Kirche — und das mit Recht — daß sie ihrerseits alles aufbiete, ihre direkten Einnahmen zu erhöhen. Die Kirche wird sich dieser Forderung nicht entziehen. Sie beabsichtigt, sobald die zu erwartende Novelle zum Landeskirchensteuergesetz erlassen ist, der ersten Steueranforderung für das Jahr 1922 eine Nachforderung folgen zu lassen, die dem gekunkenen Geldewert Rechnung trägt. Im übrigen stehen dem der Hilfe des

Staates jetzt die Mittel zur Zahlung der noch rückständigen Feuerungszulagen für die Geistlichen zur Verfügung, sodaß die ob ihres Ausbleibens in weitesten Kreisen entstandene Besorgnis behoben sein dürfte. Hoffentlich gelingt es auch, den auf 1. Juli eintretenden Bedarf bald sicherzustellen. Bei aller großen Not, die gerade bei den Geistlichen besonders drückend werden kann, darf und will die Kirche in ihrer Arbeit zum Wohl des ganzen Volkes nicht erlahmen.

Verschiedene Drahtmeldungen

Die Freiheitsstrafen.

m. Berlin, 21. Juni. (Drahtber.) Die Regierung der Länder haben am 7. Juni unter Vermittlung des Reichsjustizministers eine weitgehende Vereinbarung über den Vollzug von Freiheitsstrafen abgeschlossen, die an Stelle der Grundsätze über den Vollzug gerichtlicher erkannter Freiheitsstrafen vom 8. Oktober 1897 tritt.

Streit in den Pfälzischen Kraftwerken in Homburg.

Homburg (Pfalz), 21. Juni. Die Arbeiter der Pfälzischen Kraftwerke in Homburg haben wegen Lohnrückstände die Arbeit niedergelegt. Dadurch sind die Fabrikbetriebe in der Pfalz, hauptsächlich in Pirmasens und Kattsteden, ohne Strom. Die Leistungen können an manchen Orten nicht ersehen werden.

Frankreich und das Washingtoner Rüstungsabkommen.

m. Paris, 21. Juni. Der Berichtshatter für das Washingtoner Abkommen im Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten, Abg. Guernier, hat jetzt seinen Bericht in der Kammer eingebracht. Er schlägt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vor. In seiner Begründung hebt er die durch die Washingtoner Vereinbarungen über die Rüstungen zur See ermöglichte Einschränkung der Ausgaben hervor, da diese Einschränkung dem verheerenden Wettlauf ein Ende mache. Frankreich könne durch die Ratifizierung nur gewinnen, da seine Finanzlage ihm so wie so nicht gestatte, über den in Washington vorgesehenen Umfang hinaus Neubauten vorzunehmen.

Die Lausanner Konferenz.

Lausanne, 20. Juni. Seit zwei Tagen haben zwischen den drei alliierten Delegationsführern und Ismed Pascha keine Verhandlungen mehr stattgefunden. Dagegen wurde heute abend der amerikanische Vertreter Grew den türkischen Bevollmächtigten auf, um ihn auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen und ihm eine Einigung in der Kuponfrage nahezu legen.

Rumänien.

Paris, 21. Juni. (Drahtber.) Nach einer Havasmeldung aus Bukarest hat der rumänische Finanzminister gestern eine Reise nach Paris, London und Rom angetreten, die ihm Gelegenheit geben soll, die rumänischen Reparationsforderungen auseinanderzusetzen und die Änderungen der in Spaa festgelegten Anteile zugunsten Rumäniens zu verlangen.

Nach einer Havasmeldung aus Bukarest reist das rumänische Königspar in Begleitung des Ministerpräsidenten Brătianu und des Außenministers Duca nach Warschau.

Zum Ausbruch des Meina.

Berlin, 21. Juni. Blättermeldungen aus Rom zufolge sind die Kavomaten des Meina über die Stadt Castiglione, die vollständig zerstört worden ist, vorgedrungen. Auch der Meina-Catania ist vernichtet worden. Linguacatania ist von der Bevölkerung vollständig geräumt worden.

und sein Blut entrisen. Davon, wie der tyrannische König von Frankreich, Ludwig XIV., Voithringen und das Elßah geraubt, wie er die deutsche Reichsstadt Straßburg mitten im Frieden und unbekümmert um den Protest der Einwohner gefoltert hat, davon, wie während die verwegene Bevölkerung die ohnmächtigen Brüder in deutschen Reiche angelehrt hat, sie nicht unter fremder Herrschaft zu lassen, davon hat dieser Amerikaner wahrheitsgemäß nichts gehört. Sonst hätte er darüber erörtern müssen, als ein Mann seines Standes, der berufen ist, das Recht zu suchen, eine solche schamlose Geschichtslüge zu wiederholen.

Wollühnerweise kann sich Herr Guthrie, wenn ihm nach seiner Rückkehr in die Heimat die amerikanischen Elßah-Verdränger den Standpunkt klar machen werden, zu seiner Entschuldigung darauf berufen, er habe überhaupt nicht bemerkt, daß er sich in einem deutschsprachigen Lande befand. In der Tat wird aus Straßburg berichtet, daß die Franzosen den Amerikaner sorgfältig mit einer Fisklerschicht umgeben haben. Er ist mit keinem einzigen Elßaher in Gespräch gekommen, wenn man den Bürgermeister von Straßburg, Herrn Peirotes, seiner Abtammung nach bekanntlich ein Levanter, aber in Straßburg geboren und aufgewachsen, ansieht. Sonst kamen nur Franzosen mit dem New Yorker Advokaten in Verbindung. Die Straßburger und Badenaufristen in Straßburg sind alle französisch — dies war ja die erste Sorge der Franzosen, die für ihren Wiederaufbau kein Geld zu haben behaupten, und auch die von ihnen während des Weltkrieges zerstörten Vogesen- ortschaften noch nicht völlig haben wieder herstellen können, deren Farbtöpfe aber unergründlich waren, um das ganze Land blau-weiß-rot anzutünchen.

In Paris hat man den Reiseindrücken des Herrn Guthrie den notwendigen Hochglanz gegeben, und dafür hat er sich dankbar erwiesen, indem er allerhand hohe Politik zum besten gab. Er hat unter anderem seinen französischen Freunden, immerhin in starkem Gegensatz zu den Ankerungen von amerikanischen Politikern, einmal über das andere Mal versichert, daß ganz Nordamerika, oder doch neunzig Prozent davon, zu dem Ruhreinfalle der Franzosen Bravo

Berichtssaal

Karlsruhe, 21. Juni. Ein seit zwei Jahren währender Prozeß der öffentlichen Interesse beansprucht, kam heute zur schöffengerichtlichen Entscheidung. Der Berliner Kaufmann Paul Bohrer hatte in zwei Briefen an den Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer schwere Vorwürfe gegen verschiedene Beamte derselben erhoben, so den unredlichen Geschäft zum persönlichen Vorteil, der Preistreiber bei Distributionsleistungen und Schieber. Diese Beschuldigungen bildeten den Gegenstand einer Privatklage des Direktors Dr. Müller, der Abteilungsleiter Karman und Hollerbach, sowie des Oberbuchhalters Lips, die alle auf das Entscheidende in Abrede stellten, sich irgendwie verfehlt zu haben. Der klägerische Vertreter kam in seinem Plädoyer auf Grund der Beweisaufnahme zu dem Schluß, daß an der Ehre seiner Klienten nicht das Geringste hafien bleibe. Die Verteidigung machte Bahrtung berechtigter Interessen geltend. Nach zehntägiger Verhandlung erkannte das Gericht nach Abtrennung der Privatklage Karman wegen Beleidigung der Herren Dr. Müller, Lips und Hollerbach gegen den Angeklagten auf 300 000 A Geldstrafe.

— Mannheim, 21. Juni. Das Schöffengericht verurteilte den Geldhändler Friedrich Rudolf, der vor einigen Monaten in der Dressener Bank einen Wertbrief mit 136 englischen Pfund (damals 117 Millionen Mark) entwendet hatte, zu einem Jahr Gefängnis und seine Mutter wegen Hehlerei zu 3 Monaten Gefängnis.

— Waldshut, 21. Juni. Die Strafkammer hier verhandelte gestern und vorgestern die Wechselschneidung beim Kommunalverband Schönau, die im vorigen Jahr großes Aufsehen erregt hatte. Angeklagt waren Oberamtmann Dr. Hagenunger, Geschäftsführer Rüber und der Müller Kern von Zell i. B. Die Anklage legt ihnen in verschiedenen Fällen Preistreiberi, Kettenhandel, Rührungsmittelfälschung, Betrug und Unterschlagung zur Last. Das Gericht verurteilte Rüber zu 1 Monat Gefängnis und 600 000 A Geldstrafe, Kern zu 5 Monaten Gefängnis und 300 000 A Geldstrafe. Oberamtmann Hagenunger wurde freigesprochen.

Ämtliche Nachrichten

- Ernennungen, Versetzungen usw. der planmäßigen Beamten. Ministerium des Innern. Zurbeigelegt: Bezirksarzt Medizinalrat Dr. Wilhelm Rudolf Comper in Rastatt (auf Ansuchen). Damänen- und Forstbeamte. Ernannt: Hermann Lamp beim Domänenamt Seidelberg zum Finanzobersekretär. Arbeitsministerium. Wasser- und Straßenbauverwaltung. Ernannt: Der Bauinspektor Carl Schwegler bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung zum Bauoberinspektor, der Bauoberinspektor Carl Gutmann in Konstanz zum Bauinspektor, der Verwaltungsbefehlswald Müller in Tauberbischofsheim zum Verwaltungsbefehlswald. Planmäßig ange stellt: die Straßwärter Bernhard Bauer in Vermerzbach, Josef Spiegelhalter in Buchenbach. Verlegt: Regierungsbaumeister Heinrich Wittmann bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung zum Abteilungsleiter, Straßenmeister Georg Dünning, Straßenmeister Eduard Sirtz in Emmendingen, zum Wasser- und Straßenbauamt. Zurbeigelegt auf Ansuchen wegen vorerkrankten Alters: die Straßwärter: Herbert Nusler in Neersburg, Janas Schmitt in Bietigheim.

Zahnpasta selbst zu bereiten!

Wenn Sie die nasse Zahnbürste in Dr. Bahr's Zahnpasta Nr. 22 einstecken, bereiten Sie sich selbst frische aromatische Zahnpasta, welche die Zähne blendend weiß erhält und im Gebrauch außerordentlich sparsam ist. — In allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Was ein Amerikaner im Elßah zu sehen bekommt.

Von W. Scheuermann.

Darüber besteht kein Zweifel, daß die Franzosen Meister in der Kunst sind, andere Leute die Dinge in der Farbe sehen zu lassen, die Frankreich wünscht. Schon vor dreihundert Jahren hat ein holländischer Staatsmann ausdrücklich bezeugt, daß ihnen niemand in der Methode des politischen Betrages überlegen sei. Das hätte ein Amerikaner erfahren können, der vor kurzem Straßburg besuchte, wenn dieser Amerikaner nicht ohnedies mit dem festen Willen nach dem Elßah gekommen wäre, seinen Freunden, den französischen Militärs, jeden Gefallen zu leisten, der in seiner Macht steht. Es handelt sich nämlich um Herrn William Guthrie, einen New Yorker Advokaten und derzeit Stadtrat der New Yorker Anwaltschaft, einen jungen, überaus freibererischen Politiker, von dem wir nicht zum ersten Male hören. Er ist früher schon durch Kundgebungen blühwärtigen Deutlichkeitshaffes und durch eine ebenso blinde Franzosenverhimmelung aufgefallen. Er gehört zu dem Anführer, der die große Propagandareise von Joffe und Viviani nach den Vereinigten Staaten vorbereitet hat, und ist dafür bekannt, daß er seine politische Zukunft ganz auf die französische Karte gesetzt hat. Dieser Herr Guthrie hat sich also reichliche Anwartschaft auf französische Gefälligkeiten erworben, und wir dürfen ihm die Festfrühstücke und Begrüßungsansprachen, mit denen man ihn gegenwärtig in Frankreich feiert, wohl gönnen, wie andererseits die Franzosen sich auf ihren Mann verlassen und davon überzeugt sein dürfen, daß die an ihn gewendeten Reize- und Empfangsweisen wohl angelegt sind.

Besagter Herr Guthrie hat also seine Festlandsrundfahrt in Straßburg begonnen, und das hat seinen guten Grund. Wir wissen durch die Veröffentlichungen Lardens, mit welchen zweifelshaften Mitteln die Franzosen in Nordamerika die Meinung verbreitet haben, das Elßah sei ein französisches Land, dessen Bevölkerung sich in seiner Mehrzahl nach der Wiederverein-

igung mit Frankreich schne. Dieser mit ungeheuren Kosten unternommene Vögensatz hat auch seine Früchte getragen, aber inzwischen sind die Franzosen sehr beunruhigt über die Annahme neutralistischer Kundgebungen, die von den in Nordamerika wohnenden Elßah-Verdrängern ausgehen. Jede Woche veröffentlicht die französische Presse Alarmrufe über diese „Gefahr“, und Herr Guthrie hat zweifellos den Auftrag, den Kundgebungen des freien Willens der amerikanischen Reichsländer durch seinen Bericht über seine Straßburger Eindrücke entgegen zu wirken. Es ist daher geboten, daß auch wir die Reize des amerikanischen Franzosenpropagandisten im Auge behalten. Gerade sein Straßburger Aufenthalt, so flüchtig er war, ist sehr lehrreich: Herr Guthrie hat das Straßburger Gerichtsgebäude besucht, und der großartige Bau aus weissem Vogesenfels hat seine Bewunderung erregt, der er lauten Ausdruck gab, vermuthlich, weil er in seiner Unkenntnis glaubte, ein Werk französischer Architekten vor sich zu haben. Etwas verlegen mußten ihm seine Führer erklären, daß das nicht ganz stimmt. Diesen Palast der Gerechtigkeit hätten die deutschen Hunnen gebaut, aber... das „Aber“ ist der Beachtung wert! Aber... schon drei Monate nach dem Einzuge der Franzosen sei in diesem Hause nur noch die französische Sprache angelaut gewesen. Allerdings, das ist auch eine Leistung, eine echt französische Leistung. Sie bedeutet nämlich, daß einer Bevölkerung, die zu mehr als neunzig vom Hundert die deutsche Mutterprache spricht und Französisch überhaupt nicht versteht, eine fremde Gerichtsprache aufgezwungen worden ist. Was dieser Raub eines der ursprünglichsten Rechte jedes freien Volkes auf sich hat, werden die Bewohner des freien Amerika, die mit dem Feldruf: Selbstbestimmung der Völker! in den Krieg gezogen sind, im tiefsten Herzen empfinden. Ihr Mitbürger Guthrie hat es anscheinend nicht begriffen, denn er hat alsbald in diesem selbst Straßburger Gerichtsgebäude eine Rede gehalten, wie sie unaufrichtiger kein französischer Palast des Herrn Poincaré hätte halten können und in der er sich die Worte Poincarés zu eigen machte: Deutschland habe, indem es Frankreich das Elßah und Voithringen entrisen habe, diesem sein Freiheit

flastete, und als Beweis dafür hat er angeführt, daß Amerika im entscheidenden Augenblicke — seine Truppen vom Rhein abberufen habe, um die Franzosen nicht zu stören und ihnen ganz freie Hand zu lassen. Das ist eine Besart, die den Vorzug der Neuheit hat. Vielleicht betrachteten sich die Amerikaner diesen seltsamen Erklärer ihrer politischen Absichten nach seiner Heimkehr einmal näher und stellen fest, mit welchem Ruf er in ihrem Namen spricht.

Literatur

Schriften zur Ruhrbesetzung. Der Einbruch ins Ruhrgebiet stellt neben alle politischen Probleme neu. Die genaue Kenntnis der Ursachen und politischen Zusammenhänge der französischen Gewaltaktion ist allseitig der Schlüssel zu fast allen Fragen der deutschen Gegenwart und Zukunft. Es ist deshalb aufs lebhafteste zu begrüßen, daß der Zentralverlag G. m. b. H. Berlin W 35, eine Reihe von Schriften erscheinen läßt, die, zwar in loser Folge, dem noch mit deutlich erkennbarem System die historische Entwicklung der Vorgänge, das „Robin“ der französischen Politik, die gegenwärtigen Zustände im Ruhrgebiet unter fremder Säbelherrschaft und dergl. behandeln.

In diesen Schriften stellen sich andere, wie die über „Die Industrie in der deutschen Volkswirtschaft“ von E. Doufat und „Die Landwirtschaft in der modernen Wirtschaft“ von Dr. W. Krebs, die die Entwicklung und den Werdegang dieser großen deutschen Erwerbszweige auf das anschaulichste wiedergeben. — P. Das vreschlich-deutsche Problem und die preussische Verfassung. Eine Studie von Ludwig Waldecker. Verlag Stille, Berlin NW 7. Verfasser hat über die in dem Buche entwickelten Gedanken vor Jahresfrist einen Vortrag gehalten, der seinen Niederschlag dann, vielfältigen Anregungen folgend, in den vorliegenden Ausführungen fand. Diese sind, unbekümmert um der Parteien Liebe und Haß, für die Anhänger der verschiedenen Parteirichtungen geschrieben.





